



## Pressemitteilung

# Gemeinsam gegen das EU-Mercosur-Abkommen: Gemeinsame Proteste von Landwirt:innen und Klimaaktivist:innen

Berlin 22.05.2023

Am 26.05.2023 rufen Fridays for Future Germany (FFF), „Landwirtschaft verbindet Deutschland e.V.“ (LSVD), Parents for Future Germany (P4F) und die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) anlässlich des EU-Handelsminister:innen-Treffens zu einem ersten Aktionstag gegen das EU-Mercosur Abkommen auf. Unterstützt wird der Protest vom Netzwerk gerechter Welthandel. In ganz Deutschland werden Landwirt:innen und Klimaaktivist:innen in den kommenden Wochen mit gemeinsamen Aktionen gegen das EU-Mercosur-Abkommen demonstrieren, am 26.05. zum Beispiel in Hannover, Ulm oder Bonn vor dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz.

Die Organisationen lehnen das Abkommen in dieser Form ab, da es industrielle Landwirtschaft in allen Vertragsländern fördert und dadurch nachhaltige Landwirtschaftsformen, Umwelt und globales Klima zerstört. Bitte beachten Sie dazu auch die gemeinsame Erklärung aller Organisationen, die heute am 22.05. auf einer Pressekonferenz in Berlin vorgestellt wurde.

### Zitate:

„Das EU-Mercosur-Abkommen muss gestoppt und neu verhandelt werden. Es steht fest in der Tradition eines Freihandels auf Kosten des Klimas, des Regenwaldes, der Menschen und eines zerstörerischen und fossilen *Weiter so*.“ (Tobias Schied von FFF)

„Wir Landwirte in Europa sollen die Ziele des Green Deal erreichen und die EU ermöglicht es unseren südamerikanischen Wettbewerbern leichter auf unseren Markt zu liefern. Das zerstört die Umwelt in Südamerika, belastet das Klima und zerstört die Familienbetriebe in Europa.“ (Matthias Everinghoff von LSVD)

„Die dringend notwendige Agrarwende ist mit dem EU-Mercosur-Abkommen nicht vereinbar. Für eine lebenswerte Zukunft auch kommender Generationen stehen wir an der Seite der Landwirt:innen und lehnen mit ihnen dieses Abkommen im Geist des *Weiter so* entschieden ab.“ (Martina Winter von P4F)

„Das EU-Mercosur-Abkommen gefährdet die Rechte von uns Bäuerinnen und Bauern auf beiden Seiten des Atlantiks. Industriell erzeugte Fleischimporte drücken die Preise nach unten und konterkarieren den Umbau der Tierhaltung in Deutschland, während billige Exporte bäuerliche Existenzen in den Mercosur-Ländern zerstören. Wir brauchen stattdessen wertschöpfende Preise für regional erzeugte Lebens- und Futtermittel hier und weltweit. Die Bundesregierung darf diesem schädlichen Abkommen nicht zustimmen, sondern muss sich stattdessen für die Umsetzung der UN-Bauernklärung und eine wirksame Qualifizierung im Agraraußenhandel stark machen.“ (Paula Gioia von AbL)

Kontakt:

FFF: Pressekoordination, 0431-5357983, [presseteam@fridaysforfuture.de](mailto:presseteam@fridaysforfuture.de)

P4F: Malte Kleinwort, 0151-17821352, [malte.kleinwort@gmx.de](mailto:malte.kleinwort@gmx.de)

LSVD: Matthias Everinghoff 0160-4434120, [Bauernhofeveringhoff@gmail.com](mailto:Bauernhofeveringhoff@gmail.com)

AbL: Charlotte Gengenbach, 0152-088 537 60, [gengenbach@abl-ev.de](mailto:gengenbach@abl-ev.de)